

Widerspruch zwischen „nationalistischer, antideutscher Staffage“ und dahinter verstecktem „marxistischen“ Charakter der kommunistischen Politik, ohne daß er diesen Widerspruch systematisch analysieren würde.

Die Konzentration auf das Schicksal der Autochthonen erscheint so stark, daß die Einordnung der beschriebenen Entwicklungen in die Gesamtheit der Vorgänge und Ziele in eine gewisse Schräglage gerät und es zu einzelnen Ungenauigkeiten kommt. So erwähnt St. nicht, daß nationalistische Konzeptionen nicht einfach übernommen, sondern auf unterer Verwaltungsebene häufig von nationaldemokratischen Funktionären vorangetrieben und auf nationaler Ebene in sozialistisch-republikanischer Richtung mitunter abgedämpft wurden. Ein Beispiel sind radikalisierende Initiativen auf Wojewodschaftsebene (Kennzeichnung Deutscher, von Zigeunern und Juden), die auf scharfe Kritik der Zentralbehörden stießen.

Ebenfalls unbefriedigend ist die Darstellung des Wandels, der sich nach den Wahlen von 1947 und unter den Bedingungen der beginnenden Stalinisierung abzeichnete: Nach Ansicht des Vf. wurde das nationale Paradigma aufgegeben und der eigentlich beabsichtigte Klassenkampf geführt. Natürlich veränderte sich die Regierungspolitik mit der Gründung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) Ende 1948, die schematische Gegenüberstellung von „national“ und „kommunistisch“ bleibt jedoch zu grob. Dies zeigt sich insbesondere in der unzureichenden Diskussion des soziologisch definierten Nationsmodells, wie es in der polnischen Praxis – nicht ohne Widersprüchlichkeiten – zur Anwendung kam. Auch fehlt eine systematische Einordnung des Eindringens deutscher Begrifflichkeiten in den offiziellen Diskurs ab 1947 – etwa des Begriffs des „Renegaten“. Hier wäre eine genauere Betrachtung der Reibungen zwischen sozialem, ökonomischem und nationalem Ordnungsanspruch, vor dem Hintergrund der realen Bedingungen, die der Vf. ausführlich beschreibt, sicherlich anregend gewesen.

Von diesen Schwächen abgesehen, bemüht sich St. erfolgreich um eine differenzierte Darstellung des Vorgehens von Parteien, Regierung und Bevölkerung, der Rahmenbedingungen und Folgen der polnischen Politik. Der zugrundeliegende Begriff von kollektiver Identität ist wesentlich differenzierter, als dies in der älteren Literatur der Fall war, wenn er auch nicht systematisch entwickelt wird. Hier wäre eine stärkere Berücksichtigung der neueren deutschsprachigen Literatur sicherlich sinnvoll gewesen.

Berlin

Michael G. Esch

Anna Cichopek: Pogrom Żydów w Krakowie 11 sierpnia 1945. [Das Judenpogrom in Krakau am 11. August 1945.] Verlag Żydowski Instytut Historyczny. Warszawa 2000. 269 S., 6 s/w Abb.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, der in manchen Regionen Polens bereits am Jahreswechsel 1944/45 zu Ende war, ereignete sich eine Reihe von gewalttätigen anti-jüdischen Ausschreitungen, denen insgesamt Hunderte von Juden zum Opfer fielen. Während zum Pogrom in Kielce 1946 eine Reihe von Publikationen erschienen sind, gab es zu den anti-jüdischen Ereignissen in Krakau bislang noch keine gründliche Darstellung.

Die vorliegende Arbeit ist die erste monographische Untersuchung zum Thema. Anna Cichopek hat bei gründlichen Studien u.a. in den Archiven der Stadt Krakau, des Jüdischen Historischen Instituts, des Militärischen Zentralarchivs sowie des Archivs Neuer Akten (jeweils in Warschau) erstmalig Quellen ausgewertet, die nicht nur eine genaue Rekonstruktion des Ablaufs ermöglichen, sondern darüber hinaus fundierte Thesen zu Hintergründen, Teilnehmern, Reaktionen und Konsequenzen erlauben. Zu den Gründen wird über die unmittelbare Auswirkung der nationalsozialistischen Judenhetze hinaus auch das Fortleben älterer anti-jüdischer Stereotype und Verhaltensweisen aus der Vorkriegszeit gezählt, denen die wenigen überlebenden Holocaustopfer nach ihrer Rückkehr in das öffentliche Leben ausgesetzt waren. Herausgestellt und motivkritisch befragt wird die Rolle von Polizei und Militär, die in Krakau die Unruhen weder zu verhindern noch die aufgeregte

Volksmenge zu beruhigen suchten, sondern sich im Gegenteil durch besonderes Engagement auf seiten der Angreifer hervortaten. Untersucht wird auf Grund von Berichten beteiligter Dienststellen, sowohl des Zentralkomitees der Juden in Polen und des Ministeriums für Staatssicherheit als auch von oppositionellen politischen Gruppierungen die unmittelbare Reaktion maßgebender Funktionsträger in Krakau und Warschau, einschließlich der katholischen Kirche, der Jagiellonenuniversität und intellektueller Kreise. Erschreckend deutlich wird sowohl auf seiten aller beteiligten regierungsamtlichen Dienststellen als auch der Opposition die sofortige Instrumentalisierung des Pogroms für eigene politische Zwecke, d.h. die jeweilige Entschuldigung der eigenen Haltung und die Anklage des politischen Gegners. Auch die These von den gesellschaftlichen Randgruppen als alleinigen Verursachern dieser Ausschreitungen wird gegen besseres Wissen von den in die Untersuchung der Vorfälle involvierten Dienststellen bereits unmittelbar nach dem Geschehen in Umlauf gebracht. Eindeutige Schlußfolgerung: Die ‚eigentlichen‘ Bürger Krakaus sind nicht schuldig. Die katholische Kirche, die sich vor dem Hintergrund der Tatsache, daß bei sämtlichen Nachkriegspogromen Ritualmordgerüchte eine Rolle spielten, durch Unterlassung eines energischen Einschreitens gegen solchen volksfrommen Aberglauben hätte mitschuldig fühlen müssen, wies jeden Antisemitismusverdacht weit von sich, da sie nie „rassistisch“ gewesen sei. Die Lage der verfolgten, bedrängten und ermordeten Juden geriet allgemein kaum ins Blickfeld. Eine erste große, anfangs noch illegale Auswanderungswelle der gerade erst aus den nationalsozialistischen Lagern befreiten oder aus der Sowjetunion zurückgekehrten wenigen Überlebenden war die Konsequenz. Fast zeitgleich mit dem Pogrom hatte bereits das Wojewodschaftsamt in Krakau das Ministerium für Öffentliche Verwaltung gebeten, Auswanderungsbegehren der Juden zu legalisieren, da sie „ohnehin unauffhaltsam“ seien.

Hofheim/Taunus

Viktoria Pollmann

Czesław Osękowski: Wybory do sejmu z 19 stycznia 1947 roku w Polsce. [Die Sejm-wahlen vom 19. Januar 1947 in Polen.] Wydawnictwo Poznańskie. Poznań 2000. 363 S., Tab.

Der Band bietet auf den ersten 172 Seiten eine solide gearbeitete Monographie zu den politischen Begleitumständen und dem Verlauf der Sejm-Wahlen in Polen vom 19. Januar 1947, die eine wichtige Zäsur bei der sich in Schritten vollziehenden Machtergreifung der Kommunisten zwischen 1944 und 1948 bildeten. Bei seinen Recherchen für die Studie durfte Czesław Osękowski erstmals lange Zeit unter Verschuß gehaltene Dokumente aus der Politischen Abteilung (V) des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit einsehen, von denen der Vf. 81 in dem fast die Hälfte des Bandes einnehmenden Quellenanhang des Buches zusammengestellt hat.

Die Schilderung der Vorgeschichte der Januarwahlen setzt nach der Volksabstimmung vom 30. Juni 1946 ein, welche die Kommunisten und ihre politischen Bündnispartner dank einer schamlosen Fälschung der Resultate als Sieg ihres Kurses und als Niederlage der von Stanisław Mikołajczyk angeführten Bauernpartei Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL) darstellen konnten. Der Vf. stellt die innenpolitische Lage als Auseinandersetzung zwischen dem Block der mit den Kommunisten verbündeten und von ihnen dominierten (sog. demokratischen) Parteien und der einzigen legalen, vom PSL verkörperten politischen Alternative dar, die – obgleich sie noch in einer seit Mitte 1945 bestehenden Koalitionsregierung verbunden waren – sich bald im Wahlkampf gegenüberstanden. Die Bekämpfung der illegalen antikommunistischen Opposition, die sich mehrheitlich für eine Unterstützung Mikołajczyks aussprach, wurde unterdessen von Polizei, Sicherheitsdienst und Armee verstärkt fortgesetzt.

Wie O. überzeugend nachweist, begann die kommunistische Polnische Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR) in Zusammenarbeit mit dem von ihr kontrollierten Staatssicherheitsdienst – vom ‚Erfolg‘ der Ergebnisfälschung im Sommer 1946 ermuntert –